

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Post, gebühr für Zustellung: Es ist nur Postbezug zulässig

Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend  
Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige, Porto extra

62. Jahrgang

Leipzig, den 9. August 1924

Nummer 67

### Der Tag der Republik

Am 11. August jährt sich zum fünften Male der Tag, an dem durch die Weimarer Nationalversammlung die Verfassung des Deutschen Reiches geschaffen wurde. In allen deutschen Gauen schieden sich überzeugte Republikaner an, diesen Tag der Erinnerung an die in Weimar geleistete Arbeit zum Aufbau des neuen deutschen Staatswesens würdig zu begehen. Mit dem Namen Weimar verknüpft sich für jeden Deutschen über alle geschichtlichen Wechselfälle hinaus die Erinnerung an eine Zeit reichster und freiesten Entwicklung deutschen Geisteslebens; im Gegensatz zu Potsdam, diesem Inbegriff geistiger Unfreiheit, finsterner Unduldsamkeit und kulturellen Rückschritts.

Das deutsche Volk wird zu wählen haben zwischen dem Geist Weimars und dem Geist Potsdams, nicht bloß am Tage der Verfassungsfeier, sondern überhaupt. Die junge deutsche Republik sieht sich von Feinden umringt. Starke reaktionäre Kräfte sind am Werke, um die alte, der kapitalistischen Klassenherrschaft günstigere monarchistische Staatsform wieder herzustellen, und mit ihrer Hilfe die wirtschaftliche und politische Entrechtung des arbeitenden Volkes durchzusetzen. Der Widerstand gegen diese rückschrittlichen Mächte beruht vor allem auf den erwerbstätigen Schichten unseres Volkes. Leider hat das im Ausland geprägte Wort von den rührigen deutschen Monarchisten und den schläfrigen Republikanern seine Berechtigung. Gar zu viele Volksgenossen, auch innerhalb der Arbeiterschaft, sind noch vollständig steuerlos im Strudel der Meinungen über den Wert oder Unwert der neuen Staatsform und ihrer Verfassung. Namentlich von der Letzteren wissen sie so viel wie nichts, und wenn die Rede darauf kommt, schmähen und schimpfen sie tapfer mit über alles, was mit der Republik zusammenhängt. Nicht selten geschieht dies sogar zum stillen Gaudium solcher Elemente, die sehr rückschrittliche Gedanken leiten bei ihrer Verächtlichmachung der Republik. Wie mancher Schriftleiter, Versammlungsredner, Kabarettfänger und dergleichen mehr würde sich schälen hüten, die Republik und ihr sozialistisches Oberhaupt in den Staub zu ziehen, wenn er wüßte, daß beide durch die Entschlossenheit der Republikaner gestützt würden! Gewiß sind die Zustände in der deutschen Republik nicht ideal zu nennen, aber daran ist keineswegs die neue Staatsform schuld, sondern in erster Linie die Interesselosigkeit und Urteilslosigkeit großer Volkskreise, die sich noch nicht zu einer wirklichen politischen Überzeugung durchgerungen haben. Der Ausfall der Reichstagswahlen am 4. Mai ist ein drastischer Beweis für diese Tatsache. Sie haben keine republikanische Mehrheit gezeitigt. Mancherlei neue Vorgänge sprechen allerdings dafür, daß Nachdenklichkeit und Besinnung Platz zu greifen beginnen bei solchen Volksgenossen, die bei den Wahlen denjenigen Parteien nachliefen, die am meisten versprochen und die nunmehr am wenigsten von ihren Versprechungen halten können.

Der Tag der Republik soll Klarheit schaffen helfen über Verfassung und Republik und darüber, ob es sich lohnt, ob es sich zu kämpfen. Als Gewerkschaftler diese Frage aufwerfen, heißt sie rückhaltlos bejahen, denn darüber kann keinerlei Zweifel bestehen, daß die Republik für die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung und für die Verwirklichung ihrer Ziele bei entsprechender Ausnutzung bessere Möglichkeiten bietet als die frühere monarchistische Staatsform. Die Voraussetzungen für solche besseren Erfolgsmöglichkeiten liegen in erster Linie in der Verfassung begründet. Nachdem die alten staatlichen Gewalten zusammengebrochen waren, konnte eine Neugestaltung des Deutschen Reiches nur auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung aller Volksglieder ohne Unterschied des Berufs und des Geschlechts, des Geschlechts und der

Landsmannschaft erstehen, also auf dem Boden der Demokratie. Das kommt schon in der Einleitung der Verfassung zum Ausdruck, in der es heißt: „Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.“ Mit aller Deutlichkeit wird darin das deutsche Volk zum Träger seines staatlichen Lebens bestimmt. Den gleichen Gedanken bringen denn auch die Anfangsätze unserer Reichsverfassung zum Ausdruck, die folgendermaßen lauten: „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Das will besagen, daß das deutsche Volk fernerhin nicht mehr von oben her, von einem angeblichen Gottesgnadentum, regiert werden soll, sondern daß es selbständig über sein Schicksal zu entscheiden hat. Von dem Willen des Volkes hängt die Gestaltung, die Führung und der Ausbau des Staates ab. Parlament und Volk üben bestimmenden Einfluß auf die Richtung der Reichspolitik aus. Für alle ihre Handlungen ist die Reichsregierung dem Reichstage verantwortlich; sie muß vom Amte zurücktreten, wenn sie nicht mehr das Vertrauen des Reichstages besitzt. Aus alledem folgt ohne weiteres die Bedeutung allgemeiner politischer Wahlen. Zum Reichstag der Republik wählen, heißt also die Zusammenfügung der Regierung beeinflussen, bedeutet über sein eignes Schicksal mitbestimmen! Bei weitem nicht alle Reichstagswähler, und noch viel weniger alle Reichstagswählerinnen, sind sich dessen bei den letzten Wahlen bewußt gewesen, sonst hätte die Massendummheit sicherlich keine solchen Dimensionen angenommen, und eine Neuaufgabe der Hungerzölle aus der Vorkriegszeit wäre sicherlich ausgeschlossen gewesen.

Für Gewerkschaftler liegt ein doppelter Anlaß vor, in den Geist des Weimarer Verfassungswerkes einzudringen, um die verfassungsrechtlichen Grundlinien sozialer und wirtschaftlicher Entfaltungsmöglichkeiten kennen zu lernen. Von besonderer Wichtigkeit für jeden Arbeitnehmer sind die verfassungsrechtlichen Bestimmungen in den Artikeln 118, 123 bis 126, 132, 159, 160, 163, die eine Beeinträchtigung der freien Willensbetätigung durch Abhängigkeit im Arbeitsverhältnis ausschließen bzw. vollste Koalitionsfreiheit sichern. Der fünfte Abschnitt der Reichsverfassung behandelt das Wirtschaftsleben. Artikel 151 bestimmt: „Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen zu sichern.“ Nach Artikel 156 kann das Reich durch Gesetz für die Ver gesellschaftung geeignete private wirtschaftliche Unternehmungen in Gemeineigentum überführen. Das Reich kann ferner im Falle dringenden Bedürfnisses zum Zwecke der Gemeinwirtschaft durch Gesetz wirtschaftliche Unternehmungen und Verbände auf der Grundlage der Selbstverwaltung zusammenschließen mit dem Ziele, die Mitwirkung aller schaffenden Volksteile zu sichern, Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Verwaltung zu beteiligen und Erzeugung, Verteilung, Verteilung, Verwendung, Preisgestaltung sowie Ein- und Ausfuhr der Wirtschaftsgüter nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen zu regeln. Gemäß Artikel 157 steht die Arbeitskraft unter dem besonderen Schutze des Reiches, das ein einheitliches Arbeitsrecht schafft. Im Artikel 165 werden dem wirtschaftlichen Mitgedanken weitgehendste Zugeständnisse gemacht. Arbeiter und Angestellte, so heißt es dort u. a., sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt.

Wider ist leider nur ein Teil der in der Weimarer Verfassung festgesetzten sogenannten Grundrechte des deutschen Volkes verwirklicht worden. Dazu sind besondere Gesetze notwendig. Solange das nicht geschieht, sind die Vorschriften der Reichsverfassung nur als Richtlinien für die künftige Gesetzgebung zu bewerten. Aus dieser Überlegung aber folgt erst recht, daß gar nicht genau getan werden kann an politischer und wirtschaftlicher Aufklärung, die zu wirklicher Überzeugung führt. Durch Überwältigung mit Gewalt und Zirkular läßt sich niemals ein Volk zu politischer Reife und Mündigkeit erziehen. Ebensovienig ist bloßes Schimpfen auf die Regierung geeignet, irgendwelche Besserung herbeizuführen. Kritik allein, und sei es die allerheftigste, bringt uns nicht vorwärts. So trostlos es ist, daß die Regierung der deutschen Republik in der Frage der Hungerlöhne, diesem Klaubau an der Volkskraft, nicht an der Seite der breiten Massen steht, und so unverständlich auch die abweisende Stellungnahme des Reichsarbeitsministers gegen die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag erscheint, schließlich ist doch alles darauf zurückzuführen, daß das Volk so regiert wird, wie es in seiner Mehrzahl selbst bestimmt hat. Aber nicht bloß innerpolitische Verhältnisse sind schuld daran, wenn in der deutschen Republik nicht alles so ist, wie es sein müßte. Die schweren außenpolitischen Bindungen der Republik, die ihr als stonkur-verkalkterin des früheren kaiserlichen Regimes von den Ententestaaten auferlegt sind, verbitterten bisher den freihändlerisch-demokratischen Aufbau des Staateswesens im Sinne der Verfassung, und außenpolitische Niederlagen und Demütigungen erschütterten stark das Ansehen der republikanischen Reichsgewalt.

Wer alle diese Umstände richtig würdigt und überdenkt, der wird sich trotzdem die Freude an der Republik und an ihrer Verfassung nicht beeinträchtigen lassen. Am allerwenigsten dann, wenn er sieht, welche reaktionären Kräfte am Werke sind, um die junge Republik zu vergeblichen. Die Reaktion sammelt alle ihre streitbaren Mannen im „Stahlhelm“, „Behnwolf“, „Junado“ und wie sie sonst noch heißen, um sie gegen den Fortbestand der deutschen Republik anstürmen zu lassen. Eine sich über das ganze Reich erstreckende antirepublikanische Organisation, die schon durch die freche Art ihres Auftretens öffentliches Ärgernis zu erregen geeignet ist, dient der Reaktion als zugehöriges Werkzeug. Wenn den geschworenen Feinden der Republik die Durchführung ihres dunklen Planes gelänge, es wäre der schlimmste Schlag, der unsre Volksgemeinschaft und die moderne Arbeiterbewegung insbesondere treffen könnte. Vieles von dem, was die staatliche Umwälzung im November 1918 der Arbeiterschaft gebracht hat, ist unter dem Druck der Verhältnisse in der Nachkriegszeit zerronnen. Die Reichsverfassung aber, dieses Grundgesetz der Freiheit, das den Aufstieg der deutschen Republik sichern soll, ist uns geblieben. Diese Verfassung wird erst dann Sinn und Bedeutung erlangen, wenn die breiten Volksmassen im Selbstbewußtsein ihres Wertes sich schützend vor sie stellen. Dazu ist am Verfassungstag in zahlreichen Städten Gelegenheit geboten. Jeder überzeugungstreue Gewerkschaftler muß es deshalb als seine Pflicht betrachten, den Aufmarsch der republikanischen Bataillone zu verstärken, die in diesen Tagen allen Feinden der Republik ein deutlich vernehmbares energisches „Hütet euch!“ zurufen werden.

### Der Reichstag und die Sozialpolitik

Die Not der Sozialrentner, Kriegsbeschädigten und Erwerbslosen steigt höher und höher und Hilfe ist dringend notwendig. Während des Reichstagswahlkampfes überboten sich die Parteien in Versprechungen. Diejenigen, die den Rednern der bürgerlichen Parteien gutkühnig folgten, werden inzwischen einsehen gelernt haben, wie sehr sie mit dieser Gutgläubigkeit hereinfallen sind.

Eine Reihe Parteien hatte dem neugewählten Reichstage eine Anzahl Anträge sozialpolitischer Natur vorgelegt. Als erste forderten die Sozialdemokraten die Aufhebung der verurteilten Rüstungspflichtverordnung, die Aufhebung der Verordnung vom 20. Oktober 1923, in der der Reichsmittelweg in der Invaliden- und Unfallversicherung zungunsten der Hilfsbedürftigen hart einseitig wird, eine 10prozentige Erhöhung der Invalidenrenten, eine Neuverteilung der Unfallrenten nach einem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst von 1800 Goldmark für männliche und 1200 Goldmark für weibliche Arbeiter. Des weiteren wurde die Beseitigung der Unterschiede im Jahresarbeitsverdienst zwischen Rentenempfängern von unter 50 Proz. und von 50 und mehr Prozent, und der Unterschiede der Jahresarbeitsverdienste für landwirtschaftliche und gewerbliche Arbeiter gefordert. Bei Berufsunfallverletzten sollten nach den Anträgen der sozialdemokratischen Fraktion die Jahresarbeitsverdienste, sofern sie nicht wenigstens 1800 Goldmark für männliche und 1200 Goldmark für weibliche Arbeiter erreichten, bei der Berechnung der Renten auf diese Höhe gebracht werden. Für die Kriegsbeschädigten wurde von derselben Fraktion die Wiederherstellung der Renten, nach dem wirt-

schaftlichen Werte, den sie im Jahre 1920 hatten, verlangt. Die Not der Erwerbslosen wollten die Sozialdemokraten gelindert wissen durch Erhöhung der Hauptunterstützung und Verdoppelung der Familienzulagen. Die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie zur Fürsorge für die Erwerbslosen erforderlichen Mittel sollten nach ihren Wünschen je zu einem Drittel vom Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Reich aufgebracht werden. Die Beiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber sollten für das Reichsgebiet in gleicher Höhe festgesetzt und zu diesem Zweck eine einheitliche Gefahrengemeinschaft gebildet werden. Die Kommunisten forderten Aufhebung der Fürsorgeverordnung, das Zentrum Beseitigung der dringendsten Mängel. Die Deutschnationalen, die im alten Reichstag die Aufhebung der Fürsorgepflichtverordnung beantragt hatten, verzichteten bezeichnenderweise im neugewählten Parlament auf die Wiederholung des Antrags. Zur Invalidenrente hatten lediglich die Sozialdemokraten einen Erhöhungsantrag eingebracht. Eine Verbesserung der Unfallrente forderten die Kommunisten, während das Zentrum allgemein die Beseitigung der einheitlichen Unfallrenten und die Berechnung auch der alten Unfallrenten nach dem wirklichen Arbeitsverdienst verlangte und außerdem eine Inwassung der Renten an den Familienstand des Verletzten und Einbeziehung gewisser gewerblicher Berufskrankheiten in die Unfallversicherung. Anträge für die Kriegsbeschädigten hatten fast alle Parteien eingereicht. Nur die Deutschnationalen, die Wirtschaftliche Vereinigung und die Deutsche Volkspartei hatten vor der Ausschussberatung noch keine Zeit gefunden zur Antragstellung. Die Kommunisten übertrumpften im Fördern alle andern Parteien. Die Kriegsbeschädigtenrenten sollten nach ihrem Antrage folgendermaßen erhöht werden: Die monatliche Grundrente und Schwerbeschädigtenzulage beträgt bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 20 Proz. 90, bei 30 Proz. 125, bei 40 Proz. 180, bei 50 Proz. 260, bei 60 Proz. 340, bei 70 Proz. 420, bei 80 Proz. 500, bei 90 Proz. 580 und bei völliger Erwerbsunfähigkeit 660 Goldmark!

Zur Krankenversicherung hatten die Deutschnationalen einen Antrag eingebracht, der in ähnlicher Form, unterstützt von allen bürgerlichen Parteien, im alten Reichstage vorlag. Der Antrag ist von so einschneidender Bedeutung für die Versicherten, daß er wörtlich wiedergegeben sei:

Die Reichsregierung zu ersuchen, baldmöglichst den Entwurf eines Gesetzes zur Vorbereitung eines berufsständigen Umbaus der Sozialversicherung vorzulegen. Der Entwurf soll als erster Schritt zur Überführung der gesamten Sozialversicherung in berufsständige Selbstverwaltung den wirtschaftlichen Vereinigungen sowohl der Arbeitnehmer als der Arbeitgeber das Recht geben, Berufsstellen zu gründen und zu betreiben, und zwar auf dem Gebiete der Krankenversicherung, der Rentenversicherung (Invaliden-, Alters-, Anwartschaften- und Unfallversicherung) und der Arbeitslosigkeitsversicherung (der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenrente). Die Berufsstellen sollen bis zu ihrer vollen Entwicklung zu den Pflichtklassen, für die zugleich volle Selbstverwaltung einzuführen ist, in einem Verhältnis stehen wie die kaufmännischen Ersatzklassen zu den Pflichtklassen der Krankenversicherung. Das Ziel der mit diesen einzuleitenden Entwicklung muß sein, anerkannte Berufsstellen zu den eigentlichen Trägern der Sozialversicherung zu machen und den Staat und die Gesetzgebung von der Bürde der praktischen Sozialversicherung zu entlasten.

Dieser Antrag gab dem deutschnationalen Pfarrer Weidt in der Vollversammlung des Reichstages Gelegenheit, dem Haß gegen die Zwangs-Krankenkassen Ausdruck zu geben. Er forderte eine grundsätzliche Anordnung der Krankenversicherung und volle Freiheit für Errichtung von „berufsständigen“ Krankenkassen. Herr Weidt will damit einen Wettbewerb zwischen diesen Kassen ermöglichen. In Wirklichkeit wollen die Herrschaften eine Zerstückelung der Krankenversicherung und Beseitigung der Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen. Die wahre Ansicht kam zum Durchbruch bei der Erklärung: „Ich verstehe es, daß man in gewissen Kreisen des Hauses diesen Antrag heftig bekämpft wird, weil man die Alleinhererschaft auf dem Gebiete der Krankenkassen und die Verschonungsmöglichkeit für Parteiangehörige in den obligatorischen Krankenkassen nicht aufgeben will.“ Auch der Nationalsozialist Fahrberg verzapfte Weisheiten, die beweisen, wie herzlich wenig diese Leute von dem Wesen und Wert der Krankenkassen kennen. Er declamierte, „daß die ganze Sozialversicherung der kaiserlichen Zeit vorbildlich war in der ganzen Welt, durch alle die nachkommenden Regierungen aber in Grund und Boden hinein verdorben worden sei. Was ist z. B. aus der Krankenversicherung geworden? Weiter doch nichts als eine Versorgungsanstalt für alle die Maulhelden der Sozialdemokratie.“ Solche Leute wollen Führer des Volkes sein!

In seiner Vollversammlung am 26. Juni hat nun der Reichstag weiter die Anträge auf Erhöhung der Unterstützungen besprochen und sie an den Ausschuss für soziale Angelegenheiten und die sonstigen zuständigen Ausschüsse verwiesen. Der erstgenannte Ausschuss beriet die Anträge vom 8. bis 11. Juli, dann beschäftigte sich der Haushaltsausschuss mit der Frage der Mittelaufbringung und am 23. bis 25. Juli nahm wiederum endgültig der Reichstag Stellung zu den Ausschussberichten. Verfolgt man die Berichte über die Ausschuss- und Plenarverhandlungen, so fällt vor allem immer wieder auf, daß die Vertreter der bürgerlichen Parteien wohl die Notwendigkeit einer Erhöhung der Rentenbeträge einsehen, daß aber andererseits für sie weniger der Schut der wirtschaftlich Schwachen in Frage kam als die Schonung der Wirtschaft (Wess: Unternehmertum) vor zu starker Belastung.

Das A und O der Vertreter der Rechtsparteien war: Wir dürfen die Wirtschaft nicht mit zu großen neuen Mehrausgaben belasten. Der Abgeordnete Wolbenhauer (D. V. P.) führte u. a. aus, daß die Industrie aufzubringen hat in der Invalidenversicherung 4 Proz. des Arbeitslohnes, in der Krankenversicherung 6,6 Proz., in der Unfallversicherung 3 Proz., in der Erwerbslosenfürsorge 3 Proz., zusammen 16,6 Proz. des Arbeitslohnes, gegen 7,9 Proz. im Jahre 1914. Die zur Erwägung stehenden Anträge bedeuteten sämtlich in ihrem praktischen Endergebnis eine weitere erhebliche Erhöhung der Leistungen und seien deshalb in volkswirtschaftlicher Beziehung sehr bedenklich. Demgegenüber wurde von den Sozialdemokraten hingewiesen auf die Ergebnisse einer Umfrage des Hauptvorstandes Deutscher Krankenkassen, wonach die Aufwendungen für alle Zweige der Arbeiter- und Angestelltenversicherung zusammen noch nicht 2 Proz. des Gesamtumfanges ausmachen. Abg. Hoch (Soz.) hielt die Darlegungen Wolbenbauers für zu einseitig, weil sie lediglich den Vorteil des Unternehmertums betrachteten. Gerade vom Standpunkt einer gesunden Produktion aus müsse man für eine Erhöhung der Sozialleistungen eintreten, denn eine sachlich hoch entwickelte und sich bewährende Arbeiterchaft müsse durch eine auf funktionierende Arbeiterversicherung soweit wie irgend möglich geschützt werden. Ministerialdirektor Grießer vom Reichsarbeitsministerium äußerte sich über die grundsätzlichen Aufgaben der Sozialversicherung. Diese sei nichts als ein Bestandteil des Lohnsystems, gewissermaßen eine Sparmaßnahme mit Risikoausgleich. Sätten wir die Sozialversicherung nicht, so müßten die Löhne um 10 bis 20 Proz. höher sein. Deshalb stehe die Sozialversicherung auch in einer verarmten Wirtschaft unerschüttert da, und an ihrem Fundament der Gerechtigkeit und der sittlichen Pflicht müsse unbedingt festgehalten werden. Auf den Antrag der Sozialdemokraten, daß wenn bei Berechnung der Unfallrenten der errechnete Jahresarbeitsverdienst eines männlichen Arbeiters nicht den Betrag von 1800 Goldmark, bei weiblichen Arbeitern 1200 Goldmark erreiche, der der Errechnung zugrunde zu legende Betrag auf 1800 bzw. 1200 Goldmark festgelegt werde, erwiderte Wolbenhauer (D. V. P.), daß für einen gelernten Arbeiter ein durchschnittlicher Jahresarbeitsverdienst von 1320 M., für einen ungelerten Arbeiter von 1060 M. und für einen weiblichen Arbeitnehmer von 840 M. angenommen werden könne. Berechne man den Durchschnittsverdienst, so ergebe sich ein Jahresdurchschnittslohn des männlichen Arbeiters in Höhe von 1140 M. und für den weiblichen Arbeitnehmer in Höhe von 840 M. Dies führe praktisch zu dem Ergebnis, daß die beantragte Erhöhung des durchschnittlichen Mindestjahresarbeitsverdienstes weit über die tatsächlichen Verhältnisse hinausgehe. Stetter (Komm.) stellte den Antrag, daß als Grundlage für die Berechnung der Unfallrenten das am Tage der Festsetzung der Rente festgestellte statistische Existenzminimum diene. Kaftan (Soz.) verlangte, daß die Beträge der Unfallrenten vom 1. Juli ab verdoppelt würden. Behrens (Deutschnat.) machte einen Vermittlungsvorschlag, daß für den Fall, daß der errechnete Jahresarbeitsverdienst eines männlichen Arbeiters nicht den Jahresdurchschnittsverdienst eines ungelerten Arbeiters der in der zuständigen Berufsgenossenschaft zusammengeschlossenen Arbeitergruppe erreichen sollte, dieser der Berechnung zugrunde gelegt werde. Dasselbe solle für weibliche Arbeiter gelten.

Der Ausschuss nahm schließlich einen Antrag der Abgeordneten Teusch (Zentrum) und Wolbenhauer (D. V. P.) an, wonach der Reichszuschuß (§ 1285 RVO.) jährlich 48 Goldmark für jede Invaliden-, Witwen- und Waiwerrente und 24 Goldmark für jede Waisenrente betragen soll. Die Erhöhung soll mit dem 1. August 1924 in Kraft treten. Ferner wurde beschlossen, daß in der Unfallversicherung an Stelle der einheitlichen alten Renten solche Renten treten sollen, die dem wirklichen Arbeitsverdienst entsprechen, und zwar sollen für Renten, die bis zum 1. Januar 1917 festgesetzt worden sind, die alten Goldbeträge eingesetzt werden. Renten, die nach diesem Termin festgesetzt worden sind, sollen nach dem Jahresarbeitsverdienst berechnet werden, den heute ein gleichartiger Arbeitnehmer in derselben Gegend bezieht. Die Renten sind mit Rückwirkung vom 1. Juli 1924 festzusetzen. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, der verlangt, daß derjenige, der aus der Unfallversicherung eine Rente von zwei Dritteln oder mehr der Vollrente bezieht, vom 1. Juli 1924 ab eine Sonderzulage von 15 Goldmark monatlich zu seiner Rente erhalten soll. Ist die Rente nach dem durchschnittlichen Arbeitsverdienst eines landwirtschaftlichen Arbeiters festgesetzt worden, wird sie zu Lasten der Zweigabstakt der Seberufsgenossenschaft gewährt, so soll die Sonderzulage 10 Goldmark monatlich betragen.

Sodann befahte sich der Ausschuss mit den Anträgen zur Wochenhilfe. Die Kommunisten waren auch hier allen andern Parteien voraus in der Höhe der zu gewährenden neuen Sätze. Die Berechnung der Wochenhilfebezüge geschah bisher noch nach der Reichsindexzahl. Die Folge war, daß nach der Marktstabilisierung völlig ungenügende Beträge den Wöchnerinnen zustanden. Über eine Erhöhung waren sich daher alle Parteien einig. Der Antrag der Kommunisten wollte für den einzelnen Wochenhilfefall einen Betrag von 1100 M. festsetzen (bisher 20 M.). Das Stillschließen sollte mindestens für neun Monate bemessen sein. Daß bei solchen Anträgen die Krankenkassen pleite gehen würden, kümmerlich natürlich die Leute von ganz links nicht. Als ihnen die Undurchführbarkeit nachgewiesen wurde, beantragten sie, daß die Mittel für die Wochenhilfe auf dem Wege einer hypothekarischen Belastung analog der Verschlässe der Sachverständigen für die Erfüllung der Reparationslasten von den geschäftlichen Unternehmungen, wie Industrie, Banken, Handel und Verkehr, aufgebracht werden. Der Antrag wurde nicht ernst genommen und statt abgelehnt. Die Anträge der Sozialdemokraten gingen dahin, daß ein Entbindungskostenbeitrag von 25 M., ein Wochenlohn von

75 Pf. täglich und ein Stillschließen von 75 Pf. täglich zu zahlen ist (für den gesamten Fall 140 M.). Die Anträge des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, Panrischen Volkspartei und Demokraten verlangten einen Betrag für den gesamten Wochenhilfefall von 71 M. Es gelang schließlich den eindringlichsten Vorstellungen der Sozialdemokraten, die Bürgerlichen zu einer Erhöhung auf 81 M. zu bewegen, so daß an Entbindungskostenbeitrag 25 M., ein Wochenlohn täglich für zehn Wochen 50 Pf., an Stillschließen täglich für 12 Wochen 25 Pf. beschlossen wurde.

Als der Sozialpolitische Ausschuss die sozialdemokratischen Anträge zu der Erwerbslosenfürsorge beriet, führte Reichsarbeitsminister Dr. Brauns aus, daß man immer wieder bei solchen Erwägungen zu den grundsätzlichen Fragen der Arbeitslosenunterstützung zurückkehren müsse. Es könne in der Arbeitslosenunterstützung unmöglich ein Lohnersatz geboten werden. Vielmehr handle es sich um nichts anderes als um eine Unterstützung zum großen Teil aus öffentlichen Mitteln. Mit dem Steigen der Arbeitslosigkeit werde das Beitragsaufkommen immer dürftiger, wogegen die Ansprüche an die Unterstützung aus öffentlicher Hand immer mehr wachsen. Man müsse also notgedrungen damit rechnen, daß neben der Unterstützung auch die Gelegenheit von vorübergehenden Arbeitsverdiensten benützt werde sowie daß auch noch außerdem die allgemeine öffentliche Wohlfahrtspflege sich betätige (!). Der Ausschuss beschloß schließlich eine Erhöhung der Hauptunterstützung von 20 bis 25 Proz. und der Familienzuschläge von 50 Proz., Gleichstellung der männlichen und weiblichen Unterstützungsempfänger, ebenso daß künftig nur Personen unter 17 Jahren (bisher 18) zum Unterstützungsbezug ausgeschlossen sein sollen. Des weiteren fand ein Antrag Annahme, daß für die Krankenversicherung der Erwerbslosen nicht mehr der halbe Unterstützungsbetrag als Krankengeld zu zahlen ist, sondern der volle Satz. Diese dringliche Änderung wurde auf Befürwortung der Sozialdemokraten einstimmig beschlossen. In dreitägigen Beratungen beschäftigte sich das Plenum des Reichstags mit den Ausschussberichten. Noch einmal war den Vertretern der bürgerlichen Parteien Gelegenheit gegeben, ihre Wahlversprechungen einzulösen. Das Endergebnis ist jedoch ein völlig unbefriedigendes. Nur in wenigen Punkten gelang es den Sozialdemokraten, Verbesserungen der Ausschussbeschlüsse herbeizuführen. Bezüglich der Invalidenrenten meinte ein Deutschnationaler: „Wir würden die Renten ja sehr gern wesentlich erhöhen, aber die Industrie kann es nicht tragen.“ Mit aller Schärfe brachte noch einmal Hoch (Soz.) den Standpunkt der Arbeiterchaft zur Geltung. Die Beschlüsse des Ausschusses müßten bei den Beteiligten unbedingt Entrüstung hervorrufen. Eine Zulage von monatlich 1 M. entspräche einer täglichen Erhöhung von 3 1/2 Pf. Ein Invalide bekäme für sich und seine Frau insgesamt demnach 47 Pf. pro Tag. Die Lasten machten nur einen ganz geringen Bruchteil aus. Durch Erhöhung der Lantiensteuer von 20 auf 100 Proz. könnten die von seiner Partei gestellten Anträge durchgeführt werden. Das sei abgelehnt worden. Es könne an anderer Stelle gespart werden, z. B. bei der Reichswehr durch Beschränkung der kostspieligen Übungen. Deutschland sollte sich schämen, wenn es für seine Invaliden nicht genügend tun könne. Er schlug dann vor, eine Erhöhung der Lantiensteuer auf 80 Proz. und eine Erhöhung der Vermögenssteuer für größere Vermögen, damit wenigstens eine Rente von 20 M. monatlich gewährt werden könne. Doch alle Bemühungen waren vergeblich. Der Reichsarbeitsminister erkannte die Notlage an, die Regierung könne aber über die Ausschussanträge nicht hinausgehen. Lebhaft wandte sich der Reichsfinanzminister, und zwar wiederholt, gegen die Aufspaltung von neuen Besitzsteuern. Mit Recht wurde ihm der skandalöse Zustand vorgeworfen, daß er die Besitzsteuern stunde. Mit Recht sagte der Vertreter der Kriegsbeschädigten im Reichstag, Rohmann (Soz.), daß von der ursprünglich weit hin im Volke verbreiteten opferwilligen Begeisterung für die Kriegsoffer heute nur noch Worte übrig geblieben seien. An die Stelle der Opferwilligkeit sei kalte, nüchterne Berechnung getreten; man habe im Bürgertum Geld genug, um Prätorianergarden gegen die Republik auszurufen, aber für die drei Millionen Kriegsbeschädigten hat man nichts mehr übrig. Drey (Soz.) trat noch einmal warm für ausreichende Hilfe der Erwerbslosen und für die Kurzarbeiter ein. Der Reichsarbeitsminister bestätigte, daß die Not der Kurzarbeiter immer heurnrufigender werde. Die Hilfe sei nicht nur wegen der Finanznot, sondern auch deshalb schwierig, weil die Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung einer Unterstützung der Wirtschaft gleichkäme. Die Regierung sei aber bereit, dem Zentrumsantrag entsprechend den besonders belasteten Gemeinden die erforderlichen Mittel zur Kurzarbeiterfürsorge durch Abzweigung aus dem Beitragsaufkommen der Erwerbslosenfürsorge zuzuführen. Angenommen wurde endlich bezüglich der Kurzarbeiter ledlich eine Entschliebung, daß die Gemeinden für die Kurzarbeiter zu sorgen haben. Die Erwerbslosenunterstützung wurde dann gemäß dem Ausschussantrag um 20 bis 25 Proz. heraufgesetzt und die Familienunterstützung um 50 Proz. Erreicht wurde weiter die Gleichstellung der männlichen und der weiblichen Erwerbslosen und die Herabsetzung der Grenze für Jugendlöhne von 18 auf 16 Jahre.

Das Ergebnis der Abstimmung über die Kriegsbeschädigtenfürsorge ist im allgemeinen, daß die Renten und Unfallrenten für alle Kriegsbeschädigten um 10 Proz., die einkaufende Invalidenzulage von 25 auf 35 Proz., bei doppelter Ausleistungszulage von 50 auf 75 Proz., die Unterhaltungskosten für den Führer und der Wunden um 50 Proz. erhöht wurden. Bezüglich der Kürzungsverpflichtungsordnung, die auf Grund des famolen Ermächtigungsgesetzes erlassen wurde und die Kürzungen für die Soldaten, Seefahrer und U-Bootfahrer, Beschäftigte usw. von Reich auf die Länder und Gemeinden abwälzte, gelang es einige Verbesserungsanträge der Sozialdemokraten zur Annahme. Die Minderheit wird in

Auswahl noch weiter beraten werden. Nach Veröffentlichung des Wortlauts der einzelnen Verordnungen kann vielleicht auf die einzelnen Materien zurückgekommen werden.

Das Endergebnis der gesamten sozialpolitischen Debatten der letzten Zeit im Reichstag hat nach vorstehendem wieder einmal bewiesen, daß die bürgerliche Gesellschaft nicht willens ist, in ausreichendem Maße für die Opfer unserer verkehrten Wirtschaftsordnung zu sorgen. Die bestellten Kreise werden daraus die Lehre ziehen müssen, daß von diesem Reichstag ihre Interessen nur äußerst mangelhaft geschützt werden. Hoffentlich ist ihm keine allzu lange Lebensdauer beschieden, damit das Volk erneut seine Stimme in die Waagschale werfen kann. Wir sind überzeugt, daß die Zusammenfassung der Volksvertretung dann eine solche würde, daß man tatsächlich von einer Volksvertretung sprechen kann. B. Lo.

### Deutscher Krankentag

Am 27. und 28. Juli tagte in Hamburg in dem Riesensaal der „Ernst-Meyer-Halle“ die 28. ordentliche Mitgliederversammlung des Hauptverbandes Deutscher Krankentassen. Nahezu 2000 Delegierte aus ganz Deutschland nahmen an dieser Tagung teil, nicht nur um Beschlüsse von weittragender Bedeutung zu fassen, sondern um auch den gesetgebenden Körperkräften zu demonstrieren, daß die dem Hauptverband Deutscher Krankentassen angeschlossenen Mittelschichten ernstlich entschlossen sind, diesem größten und einflussreichsten Träger der deutschen Sozialversicherung weiter aufwärts zum Wohle der Versicherten zu verbleiben.

Es war eine Jubiläumstagung: 30 Jahre besteht diese gewaltige Organisation. Ihre Hauptaufgaben bestehen in dem Kampf um die Verbesserung der Gesetzgebung auf sozialpolitischem Gebiete, insbesondere der Sozialversicherung, um Verbesserung der Sozialhygiene und der sozialen Fürsorge im allgemeinen. Von dem, was sich der Verband bei seiner Gründung vorgenommen hatte, ist viel in Erfüllung gegangen, vieles jedoch noch nicht. Bekleides hat aber seinen Grund darin, daß die Jahre des Krieges und der Inflation die deutsche Sozialversicherung zum fast völligen Ruin führten. Die Krankentassen haben zwar diesen Niedergang am schnellsten überstanden, und wenn nicht die Selbstverwaltung der Krankentassen bzw. deren Inhaber mit so sicherer Hand eingegriffen hätten, könnten auch die im verflochtenen Jahre geschaffenen nahezu 300 Verordnungen und Gesetze die deutschen Krankentassen auf keinen „grünen Zweig“ mehr bringen. Die Hauptaufgabe des 28. deutschen Krankentages war demnach der Kampf für den sozialpolitischen Fortschritt und der energische Kampf gegen den Abbau der sozialpolitischen Leistungen.

Die Tagesordnung war eine sehr umfangreiche. Es würde zu weit führen, jeden einzelnen Punkt derselben an dieser Stelle ausführlich zu behandeln. Im Vordergrund standen jedoch zwei Referate: 1. „Der Umbau der deutschen Sozialversicherung“, 2. „Die Krankfrage“.

Den Umbau der deutschen Sozialversicherung behandelte großzügig Ministerialdirektor Dr. Grieser vom Reichsarbeitsministerium in Berlin. Er betonte besonders, daß dem Niedergang der Kapitalvermögen sich auch die deutsche Sozialversicherung nicht entziehen konnte. Die Grundlage neuen Lebens gab auch für die Krankenversicherung die Stabilisierung der Mark. Die gesamten Versicherungssträger der deutschen Sozialversicherung bringen im Jahre insgesamt 1,3 bis 1,5 Milliarden Goldmark an Beiträgen auf, davon die Krankenversicherung allein 750 Millionen Goldmark. Erfreulich war es zu hören, als der Referent ein Missionsmittel der bürgerlichen Parteien und der Arbeitgeber zerstörte: er verneinte entschieden die Frage, daß die Krankenversicherung heute zu teuer sei, weil sie mehr Prozent des Grundlohns (vor dem Krieg 4 bis 5, jetzt bis zu 7!) an Beiträgen erhebe, obwohl die Höhe um einen viel höheren Prozentsatz gesunken seien. Die Arbeitgeber sollen sich die Verneinung dieser Frage durch einen der besten Kenner der Sozialversicherung merken, der am Schluß sagte, daß eine Entlastung des Versicherungskontos weiter nichts bedeute als eine große Belastung des Lohnkontos. (Den Umbau der Sozialversicherung, den der Redner ganz besonders auseinandersetzte, werde ich nach unserm Hamburger Verbandstag in einer besonderen Abhandlung aufklärend behandeln.) Die Diskussionsredner sprachen im Sinne des Referenten, wandten sich aber scharf gegen die sogenannten Berufsklassen sowie gegen die Zulassung neuer Erwerbsklassen, da die beste Auffklärung und Sicherung der Leistungen nur in einem vorbildlichen Ausbau der Allgemeinen Ortskrankentassen zu erblicken ist.

Die Wiederaufnahme der sozialhygienischen Arbeiten behandelten Prof. Dr. Grotzahn (Berlin) und Direktor Albert Cohn (Berlin). Der erstere umfaßt sehr eindringlich die Einbeziehung der Familienmitglieder in die Krankenversicherung. Leider gibt es noch Klassen, die die Familienversicherung nicht durchzuführen haben. Die Verschickung in Heime und Kuranstalten muß eine der wichtigsten Aufgaben der Klassenverbände sein. Der zweite Redner zu diesem Thema verbreitete sich besonders über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Tuberkulose. Aufgabe der Klassen ist es, auch auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge mitzuarbeiten. Die Vertreter der Krankentassen haben auch die Pflicht, sich energisch gegen die Verkümmern der Lebensmittel zu wenden, auch dürfte die Übertragung der sozialhygienischen Arbeiten auf die öffentliche Fürsorge nicht erfolgen, sondern müsse den Krankentassen überlassen bleiben.

Die Krankfrage, wohl der wichtigste Kapitel für die Klassenverbände, behandelte in einem hervorragenden Referat der Geschäftsführer Lehmann (Dresden). Diese Frage macht den Krankentassen die

größte Sorge, und es ist ja bekannt, daß zwischen Ärzten und Kassen gegenwärtig wieder Verhandlungen zur Schaffung neuer Verträge stattfinden. Obwohl Lehmann besonders hervorhob, daß die Krankenversicherung nicht ohne Ärztschaft durchzuführen sei, betonte er auch richtig, daß die Ärzte in den letzten Jahren proletarisiert worden sind. Protestierende Zustimmung fand er, als er das Unterfangen der Ärzte brandmarkte, daß die Krankentassen aus politischen Erwägungen gegen die Ärzte vorgingen, wie es auf dem Arzttag in Bremen ausgesprochen worden ist. Für jeden Kundigen ist doch klar, daß die gegenwärtige Zuspitzung des Kampfes in den unhaltbaren wirtschaftlichen Zuständen zu suchen ist. Fest steht aber auch und tief bedauerlich ist es, daß die Ärzteorganisationen die überzähligen Ärzte auf Kosten der Krankenversicherung über Wasser halten wollen. Die Krankenversicherung droht dadurch zu einem Instrument der Ausbeutung der minderbemittelten Bevölkerung zugunsten der Ärztschaft zu werden, wogegen sich die Krankentassen mit aller Entschiedenheit wenden müssen. Eine Verständnistlosigkeit seitens der Ärztschaft ist es, die Einführung der Familienversicherung abhängig zu machen von einer Begrenzung des Versicherungskreises und der gesetzlichen Festlegung der organisierten freien Arztwahl. Das Verschwinden der Sozialversicherung bedeutet zweifellos die Vernichtung des ärztlichen Berufes.

Zu allen Referaten wurden einstimmig im Sinne des Vorstandes des Hauptverbandes vorerlegte Resolutionsanträge angenommen.

Von den zur Verhandlung stehenden internen Verbandsangelegenheiten ist besonders hervorzuheben der Beschluß, den Sitz des Hauptverbandes von Dresden nach Berlin zu verlegen. Zweckmäßig erscheint das schon aus dem Grunde, weil in Berlin die Verhandlungen mit der Regierung und dem Parlament schneller als von Dresden aus geleitet werden können. Der bisherige Vorsitzende des Verbandes, Präsident Julius Fräsdorf, der wegen schwerer Krankheit nicht mehr in der Lage ist, die Geschäfte des Verbandes führen zu können, wurde nach einer besonderer Ehrung seiner großen Verdienste zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Als neuer erster Vorsitzender wurde Stadtrat Ahrens (Berlin) gewählt, als zweiter Vorsitzender Kirchhof (Dresden). Die Wahl des Gesamtverbandes erfolgte fast einstimmig, ebenso die vorgeschlagenen Satzungsänderungen.

Der Verbandstag leistete große fortschrittliche Arbeit. Offen auch wir, daß die gefassten Beschlüsse und das Bestreben des Hauptverbandes fruchtbringend sind für die gesamte Krankenversicherung: zum Nutzen der Arbeiterschaft.

Jena.

Ernst Klopfer.

### Erste Arbeiter-Kulturwoche in Leipzig

Die politischen sowohl als auch die wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen halten in größeren oder kleineren Zeitabständen ihre Tagungen ab, um Zwischenziele aufzustellen, die zunächst erreicht werden sollen; um Wege zu finden, auf denen ein gemeinsames Vorwärtstommen möglich ist. Die Überzeugung, daß es auch für die Kulturorganisationen eine unbedingte Notwendigkeit ist, derartige Tagungen abzuhalten, gab den Anlaß für die Kulturwoche in Leipzig, die in diesen Tagen (2. bis 6. August) stattfand. In den Tagen, da sich zum sechsten Male der Beginn einer Zeit schlimmster Unkultur jährt.

Vor mir liegt die Festnummer des „Kulturwille“ (Mitteilungsblatt des Arbeiterbildungsinstituts Leipzig und der Einz-Gemeinde, Organ für kulturelle Bestrebungen der Arbeiterschaft). In ihr hat sich eine große Anzahl hervorragender Führer über die verschiedensten Teilsphären sozialistischer Kulturarbeit geäußert. Alles ist vertreten: der gelehrte Theoretiker und der Praktiker, der Dichter und der Künstler und der glühende Verehrer eines neuen Menschentums. Gewaltige Probleme werden von den verschiedensten Standorten aus erörtert. Immer mit dem einen Ziel: wie ist der Arbeiterschaft vorwärts und aufwärts zu helfen? Man möchte nur wünschen, daß diese Gedanken Gemeingut der Arbeiterschaft würden.

Nun ist es aber leider so, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft die Kulturorganisationen und ihre Mitglieder mit eigenartigen Augen betrachtet. Der Wille zu einer neuen, eignen sozialistischen Kultur ist in der Arbeiterschaft äußerst schwach und muß erst noch geweckt werden. Vielfach erschöpft sich der Kulturwille in unorigineller, künstlicher Nachahmung bürgerlicher Kultur. Auf der andern Seite ist ja nun allerdings zu verzeichnen, daß die einzelnen Kulturorganisationen statt miteinander zu arbeiten, oft nebeneinander, ja gegeneinander arbeiten. Hier fehlt die Verbundenheit untereinander. Bei den Aufgaben, die auf dem Grenzgebiete zweier Organisationen liegen, kommt es oft zu Streitigkeiten, entweder über die Zuständigkeitsfrage oder über den Standpunkt zu der Aufgabe. Gestärkt wird dies alles noch durch die kommunistische Partei, die mit einer Betriebsamkeit ohnegleichen aus jeder Arbeiterorganisation eine Parteifiliale machen möchte.

Diese Gründe und tausend andre lassen derartige Veranstaltungen wie diese Kulturwoche als notwendig erscheinen. Nur wäre zu wünschen, daß alle Kulturorganisationen vertreten wären, die dann zu irgendeinem Zusammenflusse kommen müßten. Auf diese Weise würde erstens erreicht, daß eine einheitlichere Stellung zu allen Kulturfragen zustande käme, und zweitens würde die Kräfteverwendung vermindert durch Heranzuarbeiten von bestimmten Spezialaufgaben für jede Organisation.

Im folgenden möchte ich verschiedenes von der Leipziger Kulturwoche schildern, wobei ich dann noch einiges sagen laßt: Die Kulturwoche begann am 2. August vormittags mit einer Konferenz derjenigen Organi-

faktion, die selber die jüngste ist und die sich mit den jüngsten Menschen beschäftigen will. Es sind die Kinderfreunde. Dieser Anfang der Konferenzen ist symbolisch. Bei den Kindern soll man anfangen. Nur müßte dies schon früher erkannt werden. Leider hat diese Bewegung, wie alles Neue, unter dem Mißtrauen der Arbeiterschaft zu leiden. Sie wird sich aber ebenso durchsetzen, wie es die Jugendbewegung getan hat. Über die Aufgaben der Kinderfreunde sprach Stadtrat Dr. Löwenstein. Als Hauptaufgabe bezeichnete er Pflege des Gemeinschaftsgefühls und Weckung des kritischen Denkens. Auf der Konferenz gab es nur einige Meinungsverschiedenheiten über Organisationsfragen, die durch ein Kompromiß beseitigt wurden.

Eine große Wirkung nach außen hatte der 3. August (Sonntag). Während sich das reaktionäre Bürgertum und einige Laialen aus der Arbeiterschaft versammelten, um zu bedauern, daß wir die Westfront sind und nicht die andern, während ein Teil der Arbeiterschaft für den Bürgerkrieg demonstrieren wollte, standen unsere Veranstaltungen unter der Parole „Nie wieder Krieg“ und „Für die Republik“. Der Tag begann mit einer künstlerischen Morgenfeier für die Arbeiterjugend. Zu feierlichem Erlebnis wurde für einen allerdings nur kleinen Teil der Arbeiterschaft die mit Spannung erwartete Erstaufführung von Tollers „Wandlung“. In Leipzig besteht schon seit einigen Jahren die vorbildliche Einrichtung, den Eintritt des neuen Jahres durch ein großes Konzert zu feiern, bei dem das berühmte Gewandhausorchester Schöpfungen unserer größten Meister bietet. Zu etwas ähnlichem wurde die Aufführung von Tollers Stück. Während im ganzen Lande zwei Minuten Ruhe herrschte, in denen jeder viele nicht an die Gefallenen dachte, sondern einen neuen Krieg herbeisehnte, lautete eine begeisterte Gemeinde auf die hohen Worte der Kunst, geschrieben von einem leidenschaftlichen Friedensfreund. Was in dem städtischen Schauspielhaus durch räumliche Beschränkung nicht möglich war, wurde nachmittags im „Lunapark“ möglich: ein Bekenntnis von Hunderttausenden Menschen für den Frieden. Es ist allerdings sehr zu bedauern, daß das Massenspektakel abends nicht das war, was es in den früheren Jahren gewesen ist und wodurch das Leipziger Gewerkschaftsfest im Sommer weit über alles hinausragt. Die Besucher von auswärts hätten noch besser gesehen, was proletarische Festkultur ist. Trotzdem wird mancher, der den ganzen Sonntag miterlebte, an seine Brust schlagen und eingestehen, wie reformbedürftig doch unsere Arbeiterfeste sind. Das gilt auch von unsern Johannistagen. Hier einen Samenkorn sät zu haben, dürfte das Verdienst des Sonntags sein.

Am 2., 4., 5. August fanden Konferenzen und Versammlungen der sozialistischen Studenten statt. So mancher deutsche Student wird mit Neid die Zahlen gehört haben, die die Wiener sozialistischen Studenten an Mitgliedern aufweisen können. Trotzdem hat man auch bei dieser Bewegung die Hoffnung, daß Geistes- und Handproletariat immer mehr zusammenkommen. Sicher zum Nutzen beider. Außerdem fand am Morgen des 4. August eine Konferenz der deutschen Bildungsausschüsse statt. Daß diese notwendig ist bei der Zersplitterung der Bildungseinrichtungen, habe ich schon gesagt. Leider scheint diese Konferenz nicht viel gebracht zu haben.

Einen Höhepunkt der Kulturwoche bildete die Kulturkundgebung am Abend des 4. August, bei der Heinrich Schulz, H. Baluschek und Klara Bohm-Schuh sprachen. Jeder Redner behandelte die Kulturnot der Gegenwart von einem andern Standpunkte. Ein Höhepunkt war auch die Rede von Engelbert Graf bei der Kulturkonferenz am Vormittag des 5. August. Er wies auf den Klassencharakter der Kultur hin und betonte, daß nur das Wissen für uns gut ist, das unserer Klasse aufwärts hilft. Die Arbeiterschaft müsse die Zusammenhänge zwischen Ursache und Wirkung erkennen lernen, besonders in der Gesellschaftswissenschaft.

Über das Verhältnis der Jugend zum Staat verhandelte die Tagung der Arbeiterjugend, ein Problem, das in der letzten Zeit aktueller geworden ist durch die Treibereien der Monarchisten und durch den Ruhrkrieg.

Außer dieser Tagung fand noch eine Frauen- und Jugendkundgebung statt, die den Ruf „Nie wieder Krieg“ noch einmal unterstrich.

Über die zwei Ausstellungen, die während der Kulturwoche veranstaltet sind, ist noch einiges zu sagen. Zuerst die Bilderausstellung. Hier wurde dem Arbeiter gezeigt, daß eine ganze Anzahl hervorragender Künstler für ihn schafft. Die bildende Kunst ist dem Arbeiter noch ziemlich fremd. Das liegt daran, weil ein Bild niemals einer so großen Anzahl nahe gebracht werden kann, als beispielsweise ein Musikstück und ein Dichtwerk. Die Ausstellung war deshalb von hohem Wert, denn sie zeigte nicht nur, daß es Künstler gibt, die für das Proletariat schaffen, sondern sie zeigte auch die eindrucksvolle Wirkung eines Bildes. Die Buchausstellung dürfte uns Buchdrucker wohl besonders interessieren. In welchem Beruf gibt es wohl mehr Arbeiterbibliothekare als unter den Buchdruckern? Und für diese war die Ausstellung eine Fundgrube. Hier sah man, was in der eigenen Bibliothek fehlt. Eine derartige große Anzahl von Werken für die Arbeiterschaft kann man sonst in keinem Laden sehen.

Wenn man das Gesamtergebnis der Kulturwoche betrachtet, so kann man wohl sagen, daß sie viel gebracht hat, und man kann nur wünschen, daß sie eine feste Einrichtung wird. Karl Marx sagt: „Die Macht der Arbeiterschaft ist ihre große Zahl. Sie kann aber nur in Erscheinung treten, wenn eine Organisation sie zusammenfaßt und wenn Wissen sie leitet.“

Leipzig.

Franz Winkelmann.

## Korrespondenzen

M. Düsseldorf. Am 12. Juli fand eine Monatsversammlung statt, die eingangs die Aufgabe hatte, vier alter treuer Verbandsmitglieder zu gedenken, die seit der letzten Versammlung durch den Tod aus unsern Reihen gerissen wurden. Wie in den vorhergehenden Versammlungen, so zeigte sich auch in dieser Versammlung, daß der Zustrom neuer bzw. schon gewesener Mitglieder zum Verbandsstand ständig anhält, wurden doch auch in dieser Versammlung nicht weniger als 15 Kollegen neu bzw. wiederaufgenommen, außerdem noch einige wegen Nichtanwesenheit zurückgestellt. Nachdem am 1. Juli das Provisorium abgelaufen war, das mit dem Buchbinder- und dem Hilfsarbeiterverbande gebildet war zum Zwecke einer Verwaltungsgemeinschaft der drei graphischen Ortsvereine, woburh die Freistellung eines Kollegen für die Verwaltungsarbeiten der drei Verbände möglich war, lag ein Antrag der Versammlung vor, das bisher bestandene Provisorium in ein festes Vertragsverhältnis umzuwandeln. Nachdem in der Diskussion noch die Klärung einiger Details gewünscht worden war, wurde die Angelegenheit zur nächsten Versammlung vertagt, um dem Vorstand in Verbindung mit einer von der Versammlung gewählten Kommission die Möglichkeit einer Klärung der strittigen Frage zu geben. Einen breiten Raum in der Versammlung nahm die Stellungnahme zu den Anwürfen ein, die ehemalige Mitglieder des Verbandes, die wegen grober Verstöße gegen das Statut und Streikbruch ausgeschlossen wurden, gegen einzelne Personen des Orts- und des Gauvorstandes erhoben haben. Trotzdem der Gauvorstand den Protest der Ausgeschlossenen einstimmig abgewiesen und auch der Verbandsvorstand die Beschlüsse verworfen hatte, gingen sie dazu über, heimlich an einzelne Kollegen im Ortsverein eine Druckschrift zu überreichen, in welche sie ihre ganzen Anschuldigungen gegen einzelne Personen klebten und dabei auch auf den Verband als solchen recht waldisch schimpften, aus dem sie aber trotzdem nicht ausgeschlossen sein wollten. Vom Ortsvorstand war die Angelegenheit auf die Tagesordnung gesetzt worden und der Versammlung wurde das „Material“, mit dem man heimlich Miniarbeit tun wollte, in aller Offenheit vorgebracht und entsprechend kommentiert. In der Diskussion wurde jedoch recht klar und deutlich noch einmal von diesen Ehrenmännern abgerückt und ihre Anwürfe in das richtige Licht gesetzt, wobei die Vergangenheit von zweien recht deutlich beleuchtet wurde. Die Aussprache endete mit einstimmiger Annahme einer Entschließung, die zu den Anwürfen Stellung nimmt und dem Hamburger Verbandstag als Willenskundgebung der Versammlung dienen soll, an den sich die Ausgeschlossenen als letzte Instanz gewandt haben, um in dem von ihnen so viel geschmähten Verband dennoch Mitglieder zu bleiben. Die Versammlung war jedoch der einstimmigen Meinung, daß für solche Personen, die sich so schwer sowohl juristisch als auch moralisch gegen die Verbandsorgane vergangen haben, in unsern Reihen kein Raum mehr sein darf. — Das Johannistfest fand am 28. Juni im „Germaniasaal“ in Düsseldorf-Oberassel statt und hatte einen außerordentlich guten Besuch aufzuweisen. Das nahm nicht wunder, galt es doch an diesem Abend, dem alten greisen Kollegen Heinrich Schippers die ihm aus Anlaß seines fünfzigjährigen Verbandsjubiläums wohlverdienten Ehrungen zuteil werden zu lassen. In der Festrede, die zweiter Gauvorsteher Löschnere hielt, wurden denn auch die Verdienste des Jubilars um den Verband gebührend gewürdigt, ist er doch lange Jahre Vorsitzender des Bezirksvereins und als solcher unermüdet tätig gewesen. Welche Wertschätzung der Jubilar auch außerhalb des Bezirksvereins genießt, das erhellt aus der großen Zahl von Glückwunschtelegrammen von außerhalb. Außer dem üblichen Geschenk des Verbandsvorstandes hatte auch der Ortsverein ihn durch Geschenke bedacht. Für dies alles und die erwiesenen Ehrungen dankte der Jubilar in herzlichen Worten. Ein gutes künstlerisches Programm, das durch treffliche Vorträge des zu neuem Leben erwachten Gesangsvereins „Gutenbergs“ unterstützt wurde, vermochte die Teilnehmer sehr zu befriedigen, und der gemüthliche Teil des Abends hielt die meisten bis tief in die Nacht in kollegial-freudlicher Stimmung beisammen.

Hamburg-Altona. In der Mitgliederversammlung am 8. Juli wurde zunächst das Andenken zweier verstorbenen Kollegen in üblicher Weise gelehrt. Arbeitslos sind zurzeit zusammen 94 Kollegen. Kollege Kunzler machte nähere Mitteilungen über die aus Anlaß des Verbandstages für den 7. September geplante Fahrt nach Helgoland und bat, in den Betrieben umgehend Listen auszufüllen, damit die Beteiligung rechtzeitig festgestellt werden kann. Kollege Coritz wies u. a. auf den zum Teil verspäteten Eingang der Beiträge hin und forderte auf, die ausgegebenen Statistikbogen des DGB, rechtzeitig und ohne Ausnahme einzuliefern. Kollege Kunzler ging kurz auf die Angelegenheit des Gauvorstandsmitgliedes Berg ein, der wegen häuslicher Angelegenheiten aus der KPD ausgeschlossen wurde. Bei der hierdurch entstandenen Auseinandersetzung wurde ihm von der „Volksaktion“ Veruntreuung von Verbandsgeldern vorgeworfen. Der Vorstand habe diese Behauptung nachgeprüft und festgestellt, daß von einer Veruntreuung keine Rede sein könne, sondern nur von einer an sich dauerlichen verspäteten Abfertigung von Beiträgen. Kollege Fahrmarz trug eine Reihe von Wünschen vor. So verlangte er die Einführung des „Korr.“-Observatoriums in Hamburg zum 1. August, die Bekämpfung der Bureauzeit, die Herausgabe der Hamburger Gauzeitschrift zum Verbandstag und die Wündlung des Lohnabkommens zum Zwecke der Erreichung eines entsprechend erhöhten Minimums. Kollege Kunzler ging auf die verschiedenen Wünsche ein. Die Beschlüsse des Hamburger Gaus werde in den verschiedenen Veröffentlichungen zum Verbandstag demnächst veröffentlicht; von Hamburg sei beim Verbands-

Verband schon die Kündigung des Lohnabkommens beantragt worden; die Frage des „Korr.“-Dollnatoriums solle man bis nach dem Verbandstag zurückstellen, die Frage der Verlängerung der Kurcauszeit dem Vorstand überweisen. Aus der Besprechung der Anträge zum Verbandstag entstand nach einer Einleitung des Kollegen Kunzler, der die einzelnen Anträge kurz Revue passieren ließ, eine längere Aussprache, an der sich die Kollegen Fahrmarkt, Berg, Kump, Martens, Cohn, Thorban, Zimmermann und Schardt beteiligten, und in der besonders das Gilt und Wider des Industrieverbandes erörtert wurde. Kollege Kunzler meinte in seinem Schlußwort, daß der Industrieverband seines Erachtens in der Linie der Entwicklung liege, insofern er zu überwindenden Schwierigkeiten in der aller nächsten Zeit aber wohl kaum verwirklicht werden könne. Es folgte Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag. Den Abschluß der leider nur schwach besuchten Versammlung bildeten zwei Berichte vom Ortsauschuß. Kollege Meindorf berichtete in ausführlicher Weise über den Vortrag von Dr. Herz (Berlin), über die wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen des Sachverständigenaustauschs. Er teilte ferner mit, daß die Schaffung einer Gewerkschaftsberiberge voraussichtlich in kurzer Zeit erfolgen könne und daß der Beitrag zum Ortsauschuß auf 3 Pf. pro Monat und Mitglied festgesetzt worden sei. Kollege Kubert trug den Bericht von der Versammlung am 7. Juni nach, in der der Vorstand des Ortsauschusses neu gewählt wurde und in der weiter der Sekretär des Arbeiterrates Groß-Hamburg, Kollege Neumann, einen Vortrag über den Inhalt des Sachverständigenaustauschs hielt. Es sei außerordentlich wichtig, die Gewerkschaften mit diesem Gebiet bekanntzumachen; er wünschte einen geeigneten Referenten über dieses Thema für eine nächste Versammlung.

**Plauen.** Am 22. Juli verchied nach längerem Kranklager im Alter von 75 Jahren unsere alte liebe Herberasmutter, Frau Ida Hütel. Seit 40 Jahren bewirtschaftete sie mit ihrem bereits vor zwei Jahren verstorbenen Ehemann die Buchdruckerherberge Gasthaus „Zum weißen Lamm“ und blühte allen Kollegen, die Plauen durchreist haben, in bester Erinnerung sein. Ihre durchreisenden Kollegen waren bei der guten „Mittel'n“ stets in guter Gut. Eine sorgsame Wirtin war sie auch den Kollegen, die sonst im „Weissen Lamm“ eine Casstättle suchten. Ehre ihrem Andenken!

### Allgemeine Rundschau

**Britische Vereinsjubiläen.** Daß unser Verband dem Inflationsstauun widerstanden hat und sich in gutem Aufstiege befindet, hat der Jahresbericht für 1923 erkennen lassen. Der Hamburger Verbandstag kann vielleicht den Bauleuten unserer Organisation Mittel und Wege anweisen, wie ein Ausbau vollzogen werden könnte. Britisch ist in den letzten Wochen mancher Anlaß gegeben, langen und sehr langen Bestehens festlich zu gedenken. Hannover liefert am 9. und 10. August einen Rekord örtlicher Buchdruckeredenklage: 100 Jahre Buchdruckerkrankenkasse, 75 Jahre Lokalverein Hannover, 60 Jahre Buchdruckerliedertafel und 25 Jahre Typographische Vereinigung. Es ist bekannt, daß das Organisationswesen der Buchdrucker aus alten, bis auf 1758 (Salte a. d. S.) nachweisbar zurückreichenden Unterstufungsstufen hervorgegangen ist. Das hundertjährige Bestehen der Buchdruckerkrankenkasse in Hannover hat also auch eine gewisse organisatorische Bedeutung. Hannover ist in der 1848er Organisationsperiode der Buchdrucker sehr rührig gewesen; Kämpfen und politischen Verfolgungen war man sofort ausgelegt, aber allen Verfolgungen der Reaktion zum Trotz hat man in Hannover den organisatorischen Zusammenhalt nicht verloren, wenn er auch bis zum Erzwingen wenigstens einiger Koalitionsfreiheit in Deutschland eine andre Form hatte. Von 1849 bis 1921, das will gewerkschaftlich in seiner ganzen Bedeutung gewertet werden! 60 Jahre schon einen Buchdrucker-Gesangsverein und 25 Jahre eine fachtechnische Vereinigung, macht die hannoverschen Buchdrucker auch auf andern Gebieten des kollektiven Lebens als Frühaufsteher erkennbar. Diese vier örtlichen Jubiläen in einer Zusammenfassung läßt uns den Wunsch aussprechen, daß in Hannover immerdar das Organisationsleben beste Pflege finden möge! Die „Typographischen Mitteilungen“ haben in einem in der Jubiläumstadt selbst sehr gut entworfenen und abgedruckten Sonderheft dieses vierfachen Jubiläums in bester Weise gedacht, welchem die Aufsätze über die einzelnen Entwicklungsschritte den inneren Gehalt geben. Die Liedertafel „Typographia“ (Hannover) hat mit ihrer besonderen Feilschrift einen geradezu klassischen Beweis vornehmster Einfachheit erbracht. Am 2. und 3. August hat der Buchdruckerverein Lübeck sein 75jähriges Bestehen in archaischer Weise begangen. Lübecks Größenverhältnisse haben unsern dortigen Ortsverein nicht über 20 Mitglieder hinausgehen lassen. Um so höher ist es zu schätzen, was in Lübeck zur Jubiläumfeier geahoben worden ist. In den Druckfächern zumal. Die dortige Buchdruckerinnung hat schon vor einigen Wochen eine Jubiläumsschrift herausgebracht, die aufmerken ließ. In der für das Jubiläum des Gehilfenvereins herausgegebenen Beilage mit Seiten haben die dortigen führenden Firmen in ihrem Autogrammbuch und Entschentkommen aber ebenfalls die Achtung an die Gedächtnis der Lübecker Buchdruckerinnung erbracht. Es ist aus diesem Grunde mannigfaltig und sehr feinst aus dem Organisationsleben viel Vorübergehen im Bild. Es wird noch darauf zurückzukommen sein. Solche Jubiläen sollten von den Vereinstätigkeiten anderer Mitgliedsgruppen nicht unberücksichtigt werden können, da es lange Jahre nur viele Organisationen nicht vom besten

ausgahnte, hat vor vier Wochen ebenfalls sein 75jähriges Bestehen begangen. Also drei 75jährige Mitgliedschaftsjubiläen innerhalb Monatsfrist im Verbands! Dazu hat die Mitgliedschaft W ü r z b u r g vor kurzem das 60jährige Bestehen gefeiert, und W a r m e n wird am 9. August sich Würzburg anreihen. Im organisatorisch wechselfollen Gau Rheinland-Westfalen geht der Ortsverein Barmen mit seinen 60 Jahren den andern voraus. Das gibt dieser Jubiläumssfeier besondere Bedeutung. Berücksichtigt man noch, daß bei solchen Veranstaltungen der Buchdrucker die künstlerische Note durch prächtige Druckfächer, durch Mitwirkung großer Orchesterkörper und erster Gesangs- und Sprachkünstler schon erstaunliche Höhe erreicht, dann wird das Buchdruckerherz wieder warm. Man freut sich, daß es allenthalben wieder aufwärts geht und ist von neuem stolz auf seine alte, stürmerprobte Organisation.

**An die Berliner Kollegen!** Vom Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgehend wurden wir erlucht, an dieser Stelle hinzuweisen auf die große Massendebung für die Republik und gegen die Reaktion, die die Berliner Gewerkschaften am Montag, dem 11. August, im Lustgarten veranstalten. Unsere Berliner Kollegen werden namens der Gewerkschaftskommission und dem Ortsrat der A. M. erlucht, sich an der Kundgebung reiflos zu beteiligen.

**Meisterprüfung.** Vor der mittelfränkischen Handwerkskammer in Nürnberg bestanden die Meisterprüfung mit Erfolg die Drucker Walter Kubner, Hermann Kotte, Karl Ekstein, Franz Scharf und der Seher Alfred Brunner.

**Reisende mit dem Salentkruz.** Von einem Thüringer Reisekassenverwalter wird uns geschrieben: „In letzter Zeit konnte man oft die Wahrnehmung machen, daß auf der Reise befindliche Buchdrucker mit Salentkruz am Kopf die Zahlstellen passierten. Von Funktionären darauf aufmerksam gemacht, daß doch freie Gewerkschaften solchen Firlefanz beiseite lassen müßten, erklärten die Kollegen: „Wenn wir zu den Bauern kommen, so bekommen wir dann doch etwas zu essen.“ Diese jungen Kollegen sind sich wohl der Tragweite ihres Verhaltens nicht bewußt. Auch wenn man nur zum Schein das Salentkruz trägt, stößt man diese ungesunde Bewegung. Ein freier Gewerkschafter sollte im Gegenteil den reaktionär gesinnten Bauern gegenüber offen und stolz seine Gesinnung kundtun.“ Das meinen wir auch. Seine bessere Überzeugung in die Tasche stecken, wäre in diesem Falle Feigheit. Gewiß tut Hunger weh, und die Dickleibigkeit der meisten Bauern ist hinlänglich bekannt. Aber man darf trotzdem bei ihnen nicht die Meinung aufkommen lassen, als gäbe es außer ihnen nur noch Salentkreuzler auf der Welt.

**Von den Arbeitskämpfen in Sachsen.** In dem zwölfwöchigen Kampfe im sächsischen Holzgewerbe hat sich die Ausperrungsstrategie der Unternehmer als Fehlschlag erwiesen. Wie die sächsische Bezirksleitung des Holzarbeiterverbandes berichtet, sind zu den neuen Bedingungen mit einem Spitzenlohn von 66 Pf., die von den Tarifkommissionen vereinbart, von der Generalversammlung der Unternehmer jedoch abgelehnt wurden, bereits mehr als 10 000 Arbeiter beschäftigt. Inzwischen sind im Leipziger Bezirke weitere 9000 Holzarbeiter zu den neuen Bedingungen eingestellt worden. — Für das westsächsische Baugewerbe wurde nach schwierigen Verhandlungen am 5. August folgender Schiedspruch gefällt: Der Schiedspruch für Ost- und Westfachsen vom 7. Juli hat für alle Gebiete, wo keine Kampfmaßnahmen bestanden haben, Gültigkeit. Für Leipzig erfolgt auf den Schiedspruch vom 7. Juli (80 Pf. Stundenlohn, 47-Stunden-Woche) eine weitere Zulage von 2 Pf. Demnach beträgt der Stundenlohn 82 Pf. Die Arbeitszeit ist, wie im Schiedspruch vorgesehen, von 47 auf 48 1/2 Stunden festgesetzt. Beide Parteien haben sich dem Schiedspruch unterworfen. Infolgedessen wurde die Arbeit in zwischen wieder aufgenommen. — Für das Metallgewerbe kam ebenfalls ein Schiedspruch zustande. Der bisherige Stundenlohn der Leipziger Metallarbeiter betrug 53 Pf. Das Lohnabkommen lief am 26. Juli ab. Die Unternehmer beabsichtigen, anstatt der geforderten Lohnerhöhung von 20 Proz. einen Lohnabbau durchzusetzen. Am 29. Juli fällt der Schlichtungsausschuß einen Schiedspruch mit 55 Pf. Spitzenlohn. Eine Betriebsräteversammlung der Leipziger Metallarbeiter nahm den Schiedspruch an, da keine Möglichkeit bestehe, augenblicklich mehr zu erreichen. Die Leipziger Metallindustriellen aber haben den Schiedspruch abgelehnt, trotzdem ihnen bekannt war, daß dieser für Zwickau, Bautzen, Chemnitz und Dresden (es kommen 120 000 Metallarbeiter in Frage) für rechtskräftig erklärt wurde. Der Metallarbeiterverband hat daher die Verbindlichkeitserklärung beantragt.

**Die Gewerkschaften fordern die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens.** Am 4. August nahmen die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften Veranlassung, beim Reichsarbeitsminister Dr. Brauns die Stellung der Reichsregierung zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den achtstündigen Normalarbeitsstag zu erkunden. Die Sprecher der Gewerkschaften betonten, daß im seitlichen Zusammentreffen mit der Annahme des Dawes Gutachtens auch dessen sozialpolitische Auswirkungen, insbesondere die Verengung der Arbeitszeit, geschärfert klarzustellen werden müßten. Die Gewerkschaften forderten deshalb die beschleunigte parlamentarische Verabschiedung des Washingtoner Abkommens, da sie andernfalls auf Grund der bereits eingeleiteten Vorarbeiten den Volkseinstand herbeiführen würden. Der Reichsarbeitsminister erklärte, daß die Reichsregierung bereit sei, schon beim nächsten Aufammentritt des Reichstages (also noch in diesem Monat) die zur Ratifizierung nötigen Interpellationen zu beantworten.

**Der Arbeitsmarkt im Juni 1924.** Wie das „Reichsarbeitsblatt“ vom 1. August berichtet, warte die Lage des Arbeitsmarktes im Juni eine unverkennbare Verbesserung. Eine Abnahme der Beschäftigung

möglichkeit ergab sich in fast allen Gewerben, mit Ausnahme der Landwirtschaft und in einem Teile des Baugewerbes. Die Krankenkassen berichteten über eine Abnahme der Versicherungspflichtigen in 215 Klassen (im Vormonat 5338) um 121783 oder 1,0 Proz. gegenüber einer Zunahme um 3 Proz. im Vormonat. Bei den Arbeitsnachweisen war gleichfalls eine schlechtere Lage des Arbeitsmarktes als im Mai erkennbar. Die Gesamtandrangsziffer auf je 100 offene Stellen belief sich im Juni auf 288, gegen 235 im Mai. Im Gesamtdurchschnitt konnten von 100 Arbeitssuchenden nur 27 (gegen 34 im Vormonat) vermittelt werden. Die Erwerbslosenfürsorge wurde verstärkt in Anspruch genommen. Es wurden unterstützt am 1. Juni 208 258, am 15. Juni 213 237, am 1. Juli 239 500 und am 15. Juli 275 918 Voll-erwerbslose. Die Statistik über Kurzarbeit zeigt die rückläufige Bewegung der deutschen Wirtschaft besonders augenfällig. Von 33 Fachverbänden (Gewerkschaften) Ende Juni vorliegende Meldungen erstreckten sich auf 3 147 744 Mitglieder; von diesen waren 610 840 mit verkürzter Arbeitszeit tätig, d. h. 19,4 Proz. in Vergleich zu 8,2 Proz. im Vormonat. Die Arbeitslosigkeit in den Fachverbänden (Gewerkschaften) hat ebenfalls seit Juni zugenommen. Am 28. Juni betrug in 35 Verbänden unter 3 262 358 durch die Erhebung erfassten Mitgliedern die Anzahl der Arbeitslosen 340 774 oder 10,4 Proz. (gegen 8,6 Proz. im Mai). Über die Arbeitslosigkeit in der graphischen Industrie entrollt die reichsamliche Statistik folgendes Bild:

**Arbeitslosigkeit der graphischen Fachverbände in Deutschland**

| Monat               | Verband der Deutschen Buchdrucker | Filippo-arbeiter-Verband | Altho-graphen und Stein-drucker | Buch-binder | Guten-berg-bund | Gra-phi-sche Zentral-Verband (Christlich) | Gesamtheit aller deutschen Fach-verbände |
|---------------------|-----------------------------------|--------------------------|---------------------------------|-------------|-----------------|---|--|
|                     | Proz.                             | Proz.                    | Proz.                           | Proz.       | Proz.           | Proz.                                     | Proz.                                    |
| <b>1923</b>         |                                   |                          |                                 |             |                 |   |  |
| Januar . . . . .    | 8,4                               | 2,6                      | 3,5                             | 4,5         | 3,9             | —   | 4,4                                      |
| Februar . . . . .   | 8,4                               | 2,8                      | 3,6                             | 4,4         | 5,0             | 1,5                                       | 5,7                                      |
| März . . . . .      | 11,3                              | 3,1                      | 4,8                             | 9,8         | 5,2             | 3,0                                       | 8,7                                      |
| April . . . . .     | 11,4                              | 8,3                      | 5,6                             | 8,4         | 4,9             | 3,7                                       | 7,0                                      |
| Mai . . . . .       | 11,2                              | 8,5                      | 5,3                             | 7,5         | 3,0             | 18,5                                      | 6,2                                      |
| Juni . . . . .      | 6,6                               | 5,9                      | 2,8                             | 5,7         | 4,1             | 19,0                                      | 4,1                                      |
| Juli . . . . .      | 8,0                               | 5,6                      | 3,4                             | 4,7         | 3,2             | 16,3                                      | 3,5                                      |
| August . . . . .    | 12,9                              | 12,1                     | 5,1                             | 8,0         | 7,0             | 16,3                                      | 6,8                                      |
| September . . . . . | 17,8                              | 7,3                      | 12,4                            | 12,3        | 11,5            | 22,9                                      | 9,9                                      |
| Oktober . . . . .   | 19,0                              | 9,9                      | —                               | 15,3        | 14,2            | —   | 19,1                                     |
| November . . . . .  | 20,5                              | 21,6                     | 15,5                            | 24,7        | 10,4            | —   | 22,4                                     |
| Dezember . . . . .  | 25,4                              | 21,2                     | —                               | 32,4        | 15,6            | —   | 28,2                                     |
| <b>1924</b>         |                                   |                          |                                 |             |                 |   |  |
| Januar . . . . .    | 18,8                              | 23,8                     | —                               | 27,6        | 8,5             | 54,1                                      | 26,5                                     |
| Februar . . . . .   | 13,0                              | 15,8                     | —                               | 19,6        | 3,4             | 45,5                                      | 25,1                                     |
| März . . . . .      | 5,9                               | 10,8                     | 4,7                             | 11,0        | 2,0             | 28,8                                      | 16,6                                     |
| April . . . . .     | 3,8                               | 6,6                      | 3,6                             | 9,1         | 1,1             | 18,6                                      | 10,4                                     |
| Mai . . . . .       | 3,1                               | 5,6                      | 2,0                             | 7,0         | 0,4             | 17,1                                      | 8,2                                      |
| Juni . . . . .      | 3,8                               | 6,3                      | 2,1                             | 7,5         | 0,9             | 15,4                                      | 10,4                                     |

**Selbstmorde aus wirtschaftlicher Not.** Auf die Bezeichnung als Kulturvolk kann eine Nation keinen Anspruch erheben, in der nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Bevölkerung ein angenehmes Dasein führt, während die übrigen Volksgenossen nicht einmal satt zu essen haben, geschweige denn Mittel besitzen, um sich geistig fortzubilden zu können. Nach einem Aufsatz in „Wirtschaft und Statistik“, herausgegeben vom Statistischen Reichsamt, betrug die Zahl der Selbstmorde in Preußen, bei denen Hunger als Todesursache angegeben wurde, im Jahre 1920 140 Männer, 51 Frauen; 1921 160 Männer, 48 Frauen; 1922 410 Männer, 126 Frauen. Die Zahlen für das schlimmste Inflationsjahr, 1923, sind noch nicht publiziert. Diese Angaben werden bestätigt durch die gleichzeitige Zu-

nahme der Selbstmorde unter den alten Leuten. Auf 1000 Selbstmorde kamen Personen im Alter von mehr als 60 Jahren: 1913 149, 1920 222, 1921 224, 1922 237.

**Briefkasten**

H. in S.: Beim nächsten Artikelbuch an Verbandsratsabteilung, also am 13. 8. → H. in K.: Wie vorstehend. — H. B. in L.: Gut gemacht; Änderung im andern Artikel wird befohlen. — H. A. in B.: Kleine Epistole wird ebenfalls in unsern Briefen vom Redaktionsrat angekreuzt werden können, der jedoch in nächster Nummer noch nicht weiter aufgezogen werden kann. Besteht Dank! — G. H. in T.: Empf. und gut befohlen. — H. B. in H.: Inf. 21; 1. 10. 21. — Z. B. in L.: War mir als 21 zu lesen. —

**Verbandsnachrichten**

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II. Fernruf: Amt Kurfürst Nr. 1191  
Postfachkonto: Berlin K. 10.1387 (B. Schweinitz)

**Reisestaffelverwalter!**

Wir ersuchen die verehrlichen Reisestaffelverwalter, nach Eingang der neuen Reiselegitimationen die noch vorhandenen Reiselegitimationen wegen der teilweise verfallenen Abreisen zu vernichten. Die Hauptverwaltung.

**Gau Eifel.** Durch die Erhöhung des „Jugendbündlers“ von 10 auf 15 Pf. werden auch 15 Pf. vom Gau zurückerstattet. — Den Vertrauensleuten im Bezirk Wesel-Land zur Nachricht, daß das dritte Quartal am 27. September schließt. Die letzten Beiträge müssen bis zum 4. Oktober abgesehen sein. Restanten haben kein Anrecht auf Unterkünungen.

**Rhinlen.** Das Verbandsbuch Nr. 7665 Gau Bayern, ausgefüllt am 23. Juni 1924 für den Seker Georg Guttenberger (Hauptbuchnummer 11 210) ging angeblich am 2. August 1924 in München verloren, wir warnen vor Mißbrauch. Guttenberger erhält ein neues Buch ausgefüllt.

**Verbandstags-Delegiertenwahl**

**Gau Erzgebirge-Vogtland.** (Resultat der EWahl.) Eingegangene Stimmen 143. Es erhielten Wangeln (Chemnitz) 760, Rober (Plauen) 673, ungültig 20, weiß 24 Stimmen. Wangeln ist gewählt.

**Adressenveränderungen**

**Eisenben.** Kassierer: Franz Worschadt, Reuschnerstraße 18 II.  
**Regel Efen.** (Schriftsetzer, Stereotypsetz und Galvano-plastiker.) Vorhänger: Kurt Stalckowski, Efen-West, Factorstraße 21; Kassierer: Hermann Schröder, Efen, Juliusstraße 24.

**Zur Aufnahme gemeldet**

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die belagerte Adresse):  
Im Gau Mittelhessen 1. der Schweizerdegen Karl Klein, geb. in Klein-Göllingen (Wirtsh.) 1902, ausgel. in Esslingen 1921; 2. der Seker Georg Weiler, geb. in Mannheim 1894, ausgel. in Wiesloch 1913; waren schon Mitglieder. — Fr. Contrah in Mannheim, P. 4, 4/6.

**Arbeitslosenunterstützung**

**Zahlweise Einnah.** Die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung erfolgt nicht mehr im Volkshaus „Eiche“, sondern in der Wohnung des Kollegen Hugo Koch, Würfelstraße 13, parterre, täglich von 4 bis 6 Uhr, außer Sonntags. Die Nachzahlungsverwalter werden gebeten, den Helfenden davon Kenntnis zu geben. Den Eisenacher Kollegen zur Kenntnis, daß auch der Betrag betreffs Auszahlung und Beitragszahlung nur in der Wohnung des Kollegen Koch erfolgt.

**Verammlungskalender**

**Hilfersleben.** Versammlung Sonnabend, den 9. August, abends 8 Uhr, im „Bellehornshaus“ (Zimmer 5).  
**Welsch.** Versammlung Mittwoch, den 13. August, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, in der „Eisenhütte“.  
**Eisenhorn.** Versammlung am Sonntag, den 31. August, in Finneberg. Anträge bis 18. August an den Vorstehenden.

Anzeigengebühr: Die sechspaltige Zeile zu Goldpf. für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildung- und Todesanzeigen; sonstige Anzeigen 60 Goldpf. Rabatt wird nicht gewährt.

**Anzeigen**

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh zur jeweils nächsterfolgenden Nummer. Anzeigenaufgabe möglichst nur durch Einzahlung auf Postfach (Konting. Nr. 623 28).

**Jüngerer, strebsamer Akzidenzsetzer**  
24-28 Jahre alt, ledig, der sachkundlich gut ausgebildet und Einn für geeignete Schriftwahl und einwandfreie Raum-aufteilung besitzt, gewandter und zuverlässiger Arbeiter ist, zum baldigen Eintritt gesucht. [27] Hofmann & Reiber, Gölsh.

**Mehrere tüchtige Akzidenzsetzer**  
mit guten Zeugnissen zum sofortigen Eintritt gesucht. Buchdruckerei F. Ph. Walther, Mannheim D 6. 4-5. [247]

**Tüchtige Linotypsetzer**  
für guten Zeilergang und Werkstoff stellt sofort ein Dreimer Druckerel A.-G. [223]

**Tüchtiger, zuverlässiger Linotypsetzer**  
für eine neuankaufende Druckmaschine in angenehme, gutbezahlte Dauerstellung zum 15. September gesucht. Eine gründliche Maschinenkenntnis und -pflege mit guten Sätzen bringen werden sich melden. [27] Bad Deynhäuser Anzeiger und Tageblatt, Bad Deynhäuser.

**Erster Monotypsetzer**  
Modell C und D-Zellen, tüchtige und korrekte Gasse, in angenehme Dauerstellung bei Veranlassung über Preis sofort gesucht. Anzeiger und Postzettel werden an Julius Deth, Großdruckerei, Langenfelde. [223]

In eine angenehme Lebensstellung wird **Linotypsetzer** der auch im Anker- und leichten Akzidenzsetz befähigt ist, für sofort oder später gesucht. Derselbe soll in Besonderen auch leichte Vokalsetz ablassen und Korrektur lesen. Reisekosten usw. werden bezahlt. [275] „Katholischer Anzeiger“, Amstblatt, Karlsruhe I. Ca.

**Junger, tüchtiger Linotypsetzer**  
an Ideal, mit mehrjähriger Erfahrung, wird in angenehme, dauernde Stellung gesucht. [277] Christliche Verbandsdruckerei G. m. b. H., Hirschberg im Riesengebirge.

Zu gelegentlichem Eintritt suche ich ein oder zwei **Handsetzer** für Anzeigerarbeiten, mit der Behandlung von Maschinensatz vertraut, weiter zwei tüchtige **Typographsetzer** in guten Werkstoff erfahren. Bezahlung nach Leistung. F. E. Haag, Welle I. Hann. [277]

**Tüchtiger Linotypsetzer**  
gesucht. F. Christliche Buchdruckerei, Bad-Bliesheim b. Hamburg. [277]

Ein tüchtiger **Justierer und Schriftschneider** (Graven) gegen gute Bezahlung gesucht. Eintritt sofort. Dauernde Stellung. Turnatoria Pomana de Liere (Rundnähschneiderei), Putzerei, Str. Prel. Popa Nan No. 27

Gegen Einsendung von 1 M. liefern wir das einzig dastehende Werk: **„Brücken führen über den Rhein, Brücken — und keine Lasten!“** Riesenerfolg — Massenabfah E. H. Otto & Co., Oerlin-Zschf., Postfachkonto Berlin 47311.

**Diplom zu Vereinstiftung. Stichel f. Holz, Linoleum Zeilenauftragwalzen**  
(für mehrfarbige Abzüge, Verl. d. H.-Verb. d. Eisen-Ind., Leipzig, Salomonstraße 8 III.

**Ählen und Pinzetten**  
Zurichtmesser, Eseren, alle Werkzeugen für Zeilen, Drucker liefert H. Egel, München o.

**Ein halbes Liter 30 Pf.**  
st. Bayer, hell u. dunkel, l. „Geld dem Winklerhosen“ (Buchdruckerei), Leipzig, Südweststraße 9. Um pünktige Unternehmung bitten. Der Wirt.

**Zurichtmesser, Eseren**  
Ählen, Ählen, Pinzetten, alle Werkzeugen für Zeilen, Drucker liefert H. Egel, München o., Kolonnenstraße 1.

**Musikinstrumente**  
alle Art & Garantie für treffliche Güte. Preisliste frei. **Max Dörfler** Musikgeschäft, Leipzig, Markt 13



Werkzeugliste des Verlags des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker G. m. b. H.

G. m. Pr. Leipzig, Salomonstraße 8 (Mittelgebäude) + Postfachkonto Leipzig Nr. 53430 + Fernsprecher Nr. 12789 Porto besonders

Table with multiple columns listing tools and materials. Includes sections for 'Satz', 'Druck', 'Für Bleischnitt', and 'Für Holzschnitt'. Lists items like 'Alde, mittellange Spitze', 'Hilfsblätter', 'Druckerale mit Spitze', etc., with prices.

Bel Bestellungen wolle man den Betrag mit einer P. streichbank Leipzig Nr. 53430 einreichen und die Rücksende... (Vertical text on the left margin)

Lieboldtsche Begräbniskasse Leipzig. Advertisement for a funeral home, including details about services, prices, and contact information.

Zuverlässiger Linotypesetzer. Advertisement for a Linotype setter, offering services and training opportunities.

Typograph, Maßstab. Advertisement for a typographer, offering services and contact information.